

Die aus dem christlichen Glauben erwachsenden moralisch-ethischen Werte gehören zum geistigen Reichtum vieler Völker, auch unseres Volkes. Wie im gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Krieg gilt auch heute, die unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen sollten hinter die dringenden Fragen des Lebens zurücktreten.

Wir sind zu einem breiten, alle Themen und Fragen umfassenden Dialog bereit und bekennen uns zur Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Wir bedauern, daß in der Vergangenheit Gläubige und Leitungen von Kirchen teilweise von diesem Dialog ausgeschlossen worden sind. *(Beifall)*

Gläubige und Kirchen leisten mit ihrer diakonischen, karitativen, kulturell-erzieherischen und internationalen Tätigkeit einen wichtigen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Nicht zuletzt auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Beförderung und Bewahrung der Identität der DDR wie auch in der Solidaritätsarbeit könnte in Kooperation weitaus mehr als bisher erreicht werden. Die evangelischen Kirchen in der DDR und der BRD wirken bereits über längere Zeit bei Anerkennung ihrer jeweiligen Eigenständigkeit und Souveränität eng zusammen. Hier liegen Erfahrungen vor, die auch von anderen genutzt werden können.

Unsere Partei bekennt sich rückhaltlos dazu, die jüdische Religion und Kultur zu schützen und dem Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR und allen jüdischen Mitbürgern die Fürsorge von Staat und Gesellschaft angedeihen zu lassen. *(Beifall)*

Unsere antifaschistische Grundposition schließt den Schutz der Würde jedes jüdischen Bürgers ein. Wohin Antisemitismus führt, lehrt die Geschichte des deutschen Volkes. Aktueller Antifaschismus bedeutet daher auch und gerade, dem Antisemitismus in jeglichem Anfang zu begegnen und ihm jeden Boden zu entziehen.

Wir empfehlen der Regierung, mit Israel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu vereinbaren, was weder bedeutet, die guten Beziehungen zu arabischen Staaten abzubauen noch daß der Politik der israelischen Regierung in bezug auf das palästinensische Volk oder die Nachbarstaaten zugestimmt wird.<sup>180</sup> Diplomatische Beziehungen bedeuten sowieso nie Zustimmung zu einer bestimmten Regierungspolitik. *(Beifall)*

Aber wir sind als deutsche Republik dem jüdischen Volk gegenüber in einer besonderen Weise verpflichtet und sollten diese Verpflichtung auch wahrnehmen. *(Beifall)*

Wir schlagen vor, mit allen Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR die Frage zu diskutieren, ob ein Religionsgesetz erarbeitet und in der Volkskammer verabschiedet werden sollte. Ein solches Gesetz könnte die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR näher bestimmen und garantieren.

---

180 Vgl. Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und dem Staat Israel. Bonn 1997.